

# **Abwasserzweckverband „Wilde Sau“**

## **Vergabeunterlage**

**Ertüchtigung Schmutzwasserpumpwerk  
Freiberger Straße in Mohorn**

**Los 2: Technische Ausrüstung**

**1. Heftung**  
**- verbleibt beim Bieter -**

# **Abwasserzweckverband „Wilde Sau“**

## **Vergabeunterlage**

**Ertüchtigung Schmutzwasserpumpwerk  
Freiberger Straße in Mohorn  
Los 2: Technische Ausrüstung**

**- Baubeschreibung -**

## Baubeschreibung

### INHALT

<b>1</b>	<b>Allgemeine Beschreibung der Leistung .....</b>	<b>1</b>
<b>1.1</b>	<b>Ausgangssituation .....</b>	<b>1</b>
<b>1.2</b>	<b>Auszuführende Leistungen.....</b>	<b>1</b>
<b>1.3</b>	<b>Ausgeführte Vorarbeiten und Leistungen .....</b>	<b>1</b>
<b>1.4</b>	<b>Gleichzeitig laufende Bauarbeiten .....</b>	<b>1</b>
<b>2</b>	<b>Angaben zur Baustelle .....</b>	<b>2</b>
<b>2.1</b>	<b>Lage der Baustelle.....</b>	<b>2</b>
<b>2.2</b>	<b>Vorhandene öffentliche Verkehrswege .....</b>	<b>2</b>
<b>2.3</b>	<b>Zugänge, Zufahrten .....</b>	<b>2</b>
<b>2.4</b>	<b>Anschlussmöglichkeiten an Ver- und Entsorgungsleitungen.....</b>	<b>2</b>
<b>2.5</b>	<b>Lager- und Arbeitsplätze.....</b>	<b>2</b>
<b>2.6</b>	<b>Schutzbereiche und Objekte.....</b>	<b>2</b>
<b>2.7</b>	<b>Anlagen im Baubereich.....</b>	<b>2</b>
<b>2.8</b>	<b>Öffentlicher Verkehr im Baubereich.....</b>	<b>2</b>
<b>3</b>	<b>Angaben zur Baudurchführung.....</b>	<b>3</b>
<b>3.1</b>	<b>Allgemeine Angaben .....</b>	<b>3</b>
<b>3.2</b>	<b>Bauablauf .....</b>	<b>3</b>
<b>3.3</b>	<b>Hinweise zur Baudurchführung.....</b>	<b>3</b>
<b>3.4</b>	<b>Abfälle .....</b>	<b>4</b>
<b>3.5</b>	<b>Beweissicherung .....</b>	<b>6</b>
<b>3.6</b>	<b>Sicherungsmaßnahmen .....</b>	<b>6</b>
<b>3.7</b>	<b>Vermessungsleistungen .....</b>	<b>7</b>
<b>3.8</b>	<b>Aufmaß .....</b>	<b>7</b>
<b>3.9</b>	<b>Prüfungen und Nachweise.....</b>	<b>7</b>
<b>3.10</b>	<b>SiGe- Koordination .....</b>	<b>8</b>
<b>4</b>	<b>Ausführungsunterlagen .....</b>	<b>9</b>
<b>4.1</b>	<b>Vom AG zur Verfügung gestellte Ausführungsunterlagen .....</b>	<b>9</b>
<b>4.2</b>	<b>Vom AN zu erstellende zu beschaffende Ausführungsunterlagen .....</b>	<b>10</b>
<b>5</b>	<b>Zusätzliche Technische Vertragsbedingungen .....</b>	<b>11</b>
<b>5.1</b>	<b>Anzuwendende zusätzliche Technische Vorschriften .....</b>	<b>11</b>
<b>5.2</b>	<b>Sonstige technische Regelwerke .....</b>	<b>12</b>

## **1 Allgemeine Beschreibung der Leistung**

### **1.1 Ausgangssituation**

Der AZV beabsichtigt, dass vorhandene Pumpwerk mit veränderter Verfahrenstechnik komplett zu erneuern und dabei innerhalb des ehemaligen Kläranlagengeländes auf eine angrenzende Fläche zu versetzen. In Zuge dieser Baumaßnahme soll auch diese neue Fläche hergerichtet und eingefriedet werden sowie eine neue Zufahrt erhalten.

### **1.2 Auszuführende Leistungen**

Gegenstand dieser Ausschreibung (Los 2) ist die Erneuerung der anlagentechnischen Ausrüstung mit folgenden Leistungen:

- Demontage der Maschinentechnik und Ausrüstung im bestehenden Pumpwerk
- Lieferung und Montage der Maschinentechnik und Ausrüstung im durch Los 1 hergestellten, neuen Schmutzwasserpumpwerk

Die Herstellung des Baukörpers des neuen Schmutzwasserpumpwerkes, aller zu- und abführenden Medien sowie Erd- und Straßenbauarbeiten erfolgt im unmittelbar vorher bzw. teilweise parallel ausgeführten gesonderten Los 1.

### **1.3 Ausgeführte Vorarbeiten und Leistungen**

Keine.

### **1.4 Gleichzeitig laufende Bauarbeiten**

Erdarbeiten, Rohrlegearbeiten und Fahrbahnarbeiten sowie Herstellung des Baukörpers des neuen Schmutzwasserpumpwerkes im Los 1.

## **2 Angaben zur Baustelle**

### **2.1 Lage der Baustelle**

Die Baustelle liegt im Freistaat Sachsen, 01723 Wilsdruff, Ortsteil Mohorn.

Die Baustelle befindet sich außerhalb des öffentlichen Verkehrsraums an der Kreisstraße K9006, ca. 100m Meter entfernt von der Einmündung in die B173.

### **2.2 Vorhandene öffentliche Verkehrswege**

Die Baustelle kann z. B. von der BAB A17 aus über die B173 und K9006 erreicht werden.

### **2.3 Zugänge, Zufahrten**

Die Baustelle liegt am Ende eines vorrangig von Anliegern befahrenen Straßenabschnittes.

Der AN hat den erforderlichen An- und Abtransport von Bautechnik sowie den Materialtransport an die teilweise beengten Verkehrsverhältnisse anzupassen.

Durch den AN sind die notwendigen, verkehrsrechtlichen Anordnungen bei der zuständigen Verkehrsbehörde zu beantragen.

### **2.4 Anschlussmöglichkeiten an Ver- und Entsorgungsleitungen**

Durch den AG wird kein Anschluss für Wasser zur Verfügung gestellt.

Ein Stromanschluss wird vom AG nicht zur Verfügung gestellt. Die Baustromversorgung ist durch den AN selbst zu organisieren.

### **2.5 Lager- und Arbeitsplätze**

- keine

### **2.6 Schutzbereiche und Objekte**

- keine

### **2.7 Anlagen im Baubereich**

- keine

### **2.8 Öffentlicher Verkehr im Baubereich**

Im unmittelbaren Umfeld der Baustelle ist kein öffentlicher Personennahverkehr bzw. regelmäßiger Durchgangsverkehr zu verzeichnen.

### **3 Angaben zur Baudurchführung**

#### **3.1 Allgemeine Angaben**

Die neu zu errichtenden Anlagenteile sind so zu gestalten, dass sie in allen Teilen sachgemäß und unfallsicher bedient, gewartet und überwacht werden können.

Die mit der Wartung und Aufsicht beauftragten und sich in der Umgebung aufhaltenden Personen dürfen nicht gefährdet werden.

Die Werkstoffe müssen entsprechend dem Verwendungszweck gewählt werden, wobei die elektrischen, chemischen, mechanischen und thermischen Beanspruchungen zu berücksichtigen sind.

Die Anlage ist bedienungs- und wartungsfreundlich auszuführen, d.h. es ist z.B. genügend Freiraum vorzusehen.

Die Montage des gesamten Lieferumfanges mit sämtlichen hierzu erforderlichen Leistungen wird vom AN unter voller Eigenverantwortung in Abstimmung mit der örtlichen Bauleitung des AG durchgeführt.

Während der gesamten Bauzeit sichert der AN die Anwesenheit eines deutschsprachigen, verantwortlichen Bauleiters auf der Baustelle zu.

Im Lieferumfang sind grundsätzlich alle Leistungen und Materialien für eine betriebsfertige Montage aller Anlagenteile zu berücksichtigen.

Es ist mit allen Lieferanten und mit dem AG durch eine Schnittstellenkoordination sicherzustellen, dass eine nahtlose und terminlich abgestimmte Leistungserbringung der verschiedenen Lieferumfänge gewährleistet ist.

#### **3.2 Bauablauf**

Nach Auftragserteilung ist unverzüglich mit der Erarbeitung der Werkstattplanung für das Abwasserpumpwerk und für den Spülschacht zu beginnen. Die Unterlagen sind dem AG 4 Wochen nach der Bauanlaufbesprechung zu übergeben. Nach deren Freigabe durch den AG erfolgt die Komponentenbeschaffung und die Fertigung in der Werkstatt.

Bei der Verlegung eines Weges zum vorhandenen Pegelhaus sind durch das Los 3 zwei Kabel umzuverlegen. Im Zuge der Erdarbeiten von Los 1 für das neue Pumpwerk verlegt das Los 3 erdfühlig eine Ringerdung auf Baugrubensohle.

Da die Bauwerke für das neue Pumpwerk seitens Los 1 auf einer abwassertechnisch bisher ungenutzten Fläche angeordnet werden, wird angestrebt, im laufenden Anlagenbetrieb seitens der Lose 2 und 3 zunächst das neue Pumpwerk weitgehend auszurüsten.

Erst danach soll der alte Pumpschacht außer Betrieb gehen und als Kanalschacht umgenutzt werden, an den seitens Los 1 der Zulauf des neuen Pumpwerks angebunden wird. Ebenfalls durch Los 1 erfolgt die Umbindung der vorhandenen Druckleitung an das neue Pumpwerk.

Anschließend sind vom Los 3 die alten Schaltschränke und EMSR-Installationen, die alte stationäre NEA sowie die Ausrüstungen im alten Pumpschacht zu demontieren.

#### **3.3 Hinweise zur Baudurchführung**

Die Lieferung und die Aufstellung der Betonfertigteilgebäude erfolgt durch Los 1

Die Materialbestellung muss vom AN eigenverantwortlich entsprechend der vom AG freigegebenen Werkstattplanung erfolgen.

Alle Maße sind durch den AN am Bau zu prüfen.

Die Durchführung der Baumaßnahme mit sämtlichen hierzu erforderlichen Leistungen wird vom AN in Abstimmung mit der örtlichen Bauleitung des AG durchgeführt.

Nach Fertigstellung einzelner Teilbereiche hat der AN Teilaufmaße zu erstellen. Die Aufmaße müssen zeitlich so zur Prüfung eingereicht werden, dass eine Prüfung möglich ist, d.h. die Komponenten müssen zugänglich sein.

Mit Ausnahme der unmittelbaren Umbindephase ist der störungsfreie Betrieb des bestehenden Schmutzwasserpumpwerkes sicherzustellen.

### 3.4 Abfälle

Abfälle (Bodenaushub, Bauschutt, Straßenaufbruch, Baustellenmischabfälle u.a.), die bei der Ausführung der Bauleistungen durch den Auftragnehmer auf Baustellen des Auftraggebers anfallen, sind unter Beachtung der abfallrechtlichen Bestimmungen des KrWG (insbesondere Nachweisverordnung sowie untergeordnetes Regelwerk) sowie der jeweils gültigen Fassung der Durchführungsverordnung zur SächsBO zu behandeln und zu entsorgen. Der AG bleibt in jedem Fall der Abfallerzeuger.

Abfälle aus vom AN selbst eingebrachten Materialien (z.B. Verpackungen, Holz, andere Betriebsmittel und Baustoffe, z.B. Bohrsuspension) sind vom AN eigenständig zu entsorgen. Abweichend vom vorherigen Absatz ist dafür der AN Abfallerzeuger. Eine Mitablagerung in die Erfassungssysteme des AG ist ausdrücklich verboten.

Der AN hat entsprechend beigefügtem Formblatt „Entsorgungskonzept SEDD“ ein Entsorgungskonzept zu erstellen und spätestens zur Bauanlaufberatung vorzulegen. Die Entsorgungswege der Abfallarten und –mengen müssen für den AG nachvollziehbar den geltenden abfallrechtlichen Bestimmungen entsprechen. Die Anforderungen der Gewerbeabfallverordnung sowie der Ersatzbaustoffverordnung an die getrennte Sammlung und hochwertige Entsorgung von Bau- und Abbruchabfällen (GewAbfV, [https://www.wertstoffe.sachsen.de/download/smul.2019\\_merkblatt\\_bauabfaelle\\_a4\\_201119.pdf](https://www.wertstoffe.sachsen.de/download/smul.2019_merkblatt_bauabfaelle_a4_201119.pdf)) sind unbedingt einzuhalten. Der AG behält sich vor, bei Nichtübereinstimmung des Entsorgungsweges mit den gesetzlichen Bestimmungen vom AN einen anderen Entsorgungsweg zu verlangen! Das vom AG bestätigte Entsorgungskonzept ist für den AN verbindlich. Eine Abweichung vom bestätigten Entsorgungskonzept (auch bei Transportfirmen) ist nur in begründeten Fällen und nur nach vorheriger Abstimmung mit dem AG möglich.

Der AN führt den lückenlosen Nachweis (Lieferscheine, Wiegenoten, Übernahme-, ggf. Begleitscheine) über die Verwertung/Beseitigung der Abfälle. Das gilt für alle Abfallarten und –mengen, incl. unbelasteten Boden. Im Geltungsbereich der Ersatzbaustoffverordnung (EBV) hat der AN die Anforderungen der EBV auf die Nachweisführung einzuhalten. Die Nachweise sind nach erfolgter Entsorgung umgehend in einem Ordner, getrennt nach Abfallarten und Entsorgungsanlagen abzuheften. Der AG darf jederzeit die Vorlage der Entsorgungsnachweise zur Kontrolle der rechtmäßigen Entsorgung verlangen. Abweichend davon hat der AN bei der Entsorgung von gefährlichen Abfällen die Übernahmescheine innerhalb von 10 Tagen nach erfolgter Entsorgung unaufgefordert an den AG zu übergeben. Die Abrechnung der entsorgten Abfälle erfolgt auf Grundlage einer Kopie der Nachweise der Entsorgungsanlage.

Werden Abfälle in unterschiedlichen Kalenderjahren entsorgt, hat der AN bis zum 7.2. des Folgejahres eine Abfallzwischenbilanz sowie eine Abfalldokumentation nach

GewAbfV dem AG abzugeben. Es sind die Mengen pro Abfallart und Entsorgungsanlage gemäß den Entsorgungsnachweisen zusammenzufassen.

Spätestens eine Woche vor der Bauabnahme ist dem AG unaufgefordert eine abschließende Abfallbilanz über die gesamte Bauzeit abzugeben. Es sind pro Abfallart und Entsorgungsanlage in tabellarischer Form alle Lieferungen mit Angabe des Lieferdatums, der Wiege-/Übernahmescheinnummer, des Beförderers und der Menge zu erfassen sowie die Gesamtmenge des Abfalls pro Entsorgungsanlage. In der Anlage sind alle Entsorgungsnachweise, getrennt nach Abfallart und Entsorgungsanlage, vollständig zu übergeben.

Ebenso spätestens eine Woche vor der Bauabnahme ist dem AG unaufgefordert eine Dokumentation über die Bau- und Abbruchabfälle nach §8 GewAbfV zu übergeben.

Wenn nicht anders festgelegt ist, sind die Kosten für die Abfallanalysen incl. fachgerechte Probenahme, das Be- und Entladen, den Transport und die Entsorgung der Abfälle incl. Übernahme-/Begleitscheingebühren, bei Bedarf Gutachterkosten für Anforderungen der GewAbfV in den Einheitspreisen zu kalkulieren. Der Umfang und Häufigkeit der Analysen richten sich nach Anforderungen der Entsorgungsanlage. Die Analyseergebnisse sind dem AG mit der Rechnungslegung der Entsorgung zu übergeben. Bei Vorgabe des Entsorgungsweges durch den AG sind nur die Kosten für das Be- und Entladen sowie den Transport zur Entsorgungsanlage zu kalkulieren.

Enthält der LV-Text keine Angaben zur Abfalldeklaration, so handelt es sich um unbelastetes Material, welches den Vorgaben der Zuordnungsklasse bis Z 1.2 nach LAGA TR Boden, bis BM-F1 nach EBV bzw. Verwertungsklasse A nach RuVA-StB 01 genügt. Die Entscheidung für eine getrennte Entsorgung von Bodenaushub (LAGA Z 0, Z 1.1 und Z 1.2; BM-0, BM-F1) verbleibt beim AN. Unterschiedliche Kosten sind bei der Kalkulation des Einheitspreises (bis LAGA Z 1.2, bis BM-F1) zu beachten. Zu entsorgende mineralischen Abfälle (Beton, Steinzeug, Bauschutt...) ohne konkrete Abfalldeklaration unterfallen der Zuordnungsklasse RC-1 nach EBV.

Das mit dem Transport von Abfällen (einschließlich unbelasteter Bodenaushub) beauftragte Transportunternehmen muss für den Transport der angegebenen Abfallschlüsselnummern entweder eine Transportgenehmigung nach TgV, eine Transportanzeige nach §53 KrWG, eine Transporterlaubnis nach § 54 KrWG oder eine Entsorgungsfachbetrieb-Genehmigung zum Transport von diesen Abfällen besitzen. Die Bestimmungen zum Transport von Gefahrgut sind einzuhalten.

Alle Abfalltransporte sind während des Transportes mit zwei „A-Schildern“ entsprechend §55 KrWG (vorn und hinten) zu kennzeichnen. Auf dem Fahrzeug ist eine Kopie der Transportanzeige nach §53 KrWG, der Transporterlaubnis nach §54 KrWG, der Transportgenehmigung nach TgV bzw. des Entsorgungsfachbetriebzertifikates mitzuführen.

Transportfahrzeuge dürfen nur das zulässige Gesamtgewicht entsprechend § 34 StVZO aufweisen. Entsprechende Kontrollen behält sich der Auftraggeber vor. Bei Feststellung einer Überschreitung des zulässigen Gesamtgewichtes bei Transportfahrzeugen erfolgt eine Anzeige bei der zuständigen Behörde.

Die Abfälle sind von der Baustelle/ZBE/Bereitstellungslager direkt zur Entsorgungsanlage zu transportieren. Eine Zwischenlagerung auf dem Transportweg zur Entsorgungsanlage ist nicht erlaubt.

Wird vom AG kein Bereitstellungslager für Abfälle zur Verfügung gestellt, so ist der AN für das Einholen aller notwendigen Genehmigungen für die Errichtung eines Bereitstellungslagers selbst verantwortlich.

Bei einer ggf. erforderlichen Zwischenlagerung von schadstoffbelasteten Abfällen hat der AN geeignete technische Sicherungsmaßnahmen zu ergreifen, um ein



Auswaschen von Schadstoffen zu verhindern (z.B. Abdeckung und befestigte Unterlage). Wenn nicht anders festgelegt ist, sind die Kosten für die Sicherungsmaßnahmen in den Einheitspreisen zu kalkulieren.

Während der Bauarbeiten anfallendes Abwasser darf nicht in ein Gewässer eingeleitet werden. Generell muss während der Bauzeit und später jeglicher Schadstoffeintrag in Wasser und Boden verhindert werden. Für das Gesamtvorhaben gilt die allgemeine Sorgfaltspflicht.

Bei unsachgemäßem Verbringen der Abfälle durch den AN sind alle damit zusammenhängenden Folgekosten (Rücktransporte, evtl. Schadensbeseitigung, Umweltauflagen u. ä.) durch diesen zu tragen.

#### I. Zum Ausschreibungszeitpunkt nicht bekannte schadstoffbelastete Abfälle

Beim Antreffen von nicht vorher bekannten schadstoffbelasteten Abfällen (größer LAGA Z 1.2, größer BM-F1, RC-1) ist, soweit mit dem Vertrag noch nicht geregelt, umgehend der AG zu informieren und mit ihm gemeinsam die notwendigen Entsorgungsschritte festzulegen. Die zur Bestimmung des Entsorgungsweges erforderlichen Untersuchungen der Abfälle werden in der Regel vom AG in Abstimmung mit dem AN veranlasst. Bei Erfordernis kann die Beauftragung nach erfolgter Zustimmung des AG durch den AN erfolgen.

Die endgültige Entscheidung zum Entsorgungsweg verbleibt beim AG. Die Zuordnung zu gefährlichem Abfall erfolgt durch den AG als Abfallerzeuger anhand der AVV und dem Gesetz zur Vereinfachung der abfallrechtlichen Überwachung. Die für die Entsorgung erforderlichen Nachweisunterlagen (Entsorgungsnachweise, Begleit- und Übernahmescheine) werden vor Beginn der Entsorgungsleistung vom AG in Abstimmung mit dem AN erstellt.

### **3.5 Beweissicherung**

Vor Beginn der Bauleistungen werden die Baustellenbereiche gemeinsam von AG und AN in Augenschein genommen. Dabei wird der vorhandene Zustand erfasst und ggf. bestehende Schäden gemeinsam dokumentiert.

### **3.6 Sicherungsmaßnahmen**

Die Arbeiten am neuen Schmutzwasserpumpwerk erfolgen teilweise in Tiefen über 5,50 m und in der Pumpenvorlage des neuen Schmutzwasserpumpwerkes in teilabgedeckten Räumen.

Sicherungsmaßnahmen im Baubereich liegen in der Verantwortung des AN.

Der AN ist verpflichtet, die für den AG geltenden Unfallverhütungsvorschriften und die anerkannten sicherheitstechnischen und arbeitsmedizinischen Regeln zu beachten.

Die dazu erforderlichen Vorrichtungen und Leistungen werden nicht gesondert vergütet und sind in die Einheitspreise einzurechnen.

Die Besonderheiten des Kranbetriebes sind zu beachten.

Vor Aufnahme der Arbeiten ist beim AG die Befahrerlaubnis der Anlage einzuholen.

Ein Teil der Arbeiten erfolgt in umschlossenen Räumen von abwassertechnischen Anlagen.

In diesem Zusammenhang wird besonders hingewiesen auf die Einhaltung der:

- Unfallverhütungsvorschrift „Abwassertechnische Anlagen“ (BGV/GUV-V C5),

- Regel „Arbeiten in umschlossenen Räumen von abwassertechnischen Anlagen“ (BGR/GUV-R 126,
- Regeln für Sicherheit- und Gesundheitsschutz bei der Arbeit in kontaminierten Bereichen (BGR 128),
- Unfallverhütungsvorschrift „Elektrische Anlagen und Betriebsmittel“ (BGV/GUV-V A3),
- Verordnung über Sicherheit und Gesundheitsschutz auf Baustellen (Baustellenverordnung),
- Betriebssicherheitsverordnung und die dazugehörigen technischen Regeln in der jeweils aktuellen Fassung (Auflistung unvollständig).

### **3.7 Vermessungsleistungen**

- keine

### **3.8 Aufmaß**

Die Abrechnung der erbrachten Leistungen erfolgt nach dem vom AG bestätigten Aufmaß. Bei der Aufmaßerstellung sind vom AN für jede Position des Leistungsverzeichnisses und evtl. Nachtragsvereinbarungen gesonderte Aufmaßblätter übersichtlich und in der Reihenfolge der Positionen im Durchschreibe-verfahren 3-fach zu erstellen, das Original erhält der AG. Erforderliche Änderungen sind zweifelsfrei vorzunehmen und von beiden Seiten zu bestätigen.

Der AN ist dafür verantwortlich, dass alle erbrachten Leistungen rechtzeitig aufgemessen und durch den AG nachgeprüft werden können. Eine nachträgliche Anerkennung von im Nachgang nicht mehr eindeutig nachvollziehbaren Leistungen erfolgt nicht.

Sämtliche Medienleitungen inkl. Abzweige sind am offenen Graben einzumessen und zu dokumentieren.

Sämtliche Mengen sind durch Mengenberechnung nachzuweisen. Für die Abrechnung nach Gewicht sind Wiegescheine (maschineller Ausdruck) vorzulegen. Für die Lieferung von Asphaltmischgut sind dem AG Lieferscheine zu übergeben. Mangelhafte oder fehlerhafte Liefer- und Wiegescheine werden zur Zahlungsbegründung nicht anerkannt.

Die Abrechnung von Verbauleistungen erfolgt von Rohrgraben- bzw. Baugrubensohle bis Geländeoberkante zuzüglich 10 cm Überstand. Statisch notwendige Einbindetiefen werden nicht gesondert vergütet.

### **3.9 Prüfungen und Nachweise**

Der AG bzw. dessen Planer prüft fortlaufend die vom AN erbrachte Leistung auf Erfüllung der vertraglich vereinbarten technischen und damit verbundenen organisatorischen Anforderungen (Güteprüfung/Leistungsfeststellung). Der Auftragnehmer hat die zur Güteprüfung erforderlichen Arbeitskräfte, Räume, Maschinen, Geräte, Prüf- und Messeinrichtungen sowie Betriebsstoffe zur Verfügung zu stellen. Die dem AN daraus entstehenden Kosten hat er in den Angebotspreis einzurechnen.

Sofern die Prüfung durch weitere Arbeiten wesentlich erschwert oder unmöglich ist, können auf Verlangen des AG oder des AN auch Teilleistungen geprüft werden.

Der AN hat die Bereitstellung solcher Teilleistungen zur Prüfung 3 Arbeitstage vorher schriftlich anzuzeigen. Der Prüftermin wird anschließend gemeinsam vereinbart.

### **3.10 SiGe- Koordination**

Wird durch den AG gestellt.

## 4 Ausführungsunterlagen

### 4.1 Vom AG zur Verfügung gestellte Ausführungsunterlagen

#### Übersicht

<u>Planunterlage</u>	<u>Maßstab</u>	<u>Blatt Nr.</u>
Übersichtslageplan	1 : 5000	2.1

#### Lageplan

<u>Planunterlage</u>	<u>Maßstab</u>	<u>Blatt Nr.</u>
Koordinierter Leitungslageplan	1 : 100	3.1
Lageplan Außenanlagen	1 : 100	3.2
Lageplan Ausschnitt PW mit BG	1 : 50	3.3

#### Schmutzwasserpumpwerk

<u>Planunterlage</u>	<u>Maßstab</u>	<u>Blatt Nr.</u>
Grundriss	1 : 20	4.1
Schnitt A-A	1 : 20	4.2
Schnitt B-B, C-C	1 : 20	4.3
Schnitt D-D, E-E, Detail „F“	1 : 20	4.4

#### Betriebsgebäude

<u>Planunterlage</u>	<u>Maßstab</u>	<u>Blatt Nr.</u>
Grundriss	1 : 20	5.1
Schnitt A-A	1 : 20	5.2
Schnitt B-B	1 : 20	5.3
Ansicht Süd-West	1 : 20	5.4
Ansicht Nord-Ost	1 : 20	5.5
Ansicht Ost-Süd und West-Nord	1 : 20	5.6

#### Detail

<u>Planunterlage</u>	<u>Maßstab</u>	<u>Blatt Nr.</u>
Detail Spülschacht	1 : 20	6.1

#### Schema-Pläne, Listen und Beschreibungen

<u>Planunterlage</u>	<u>Unterabschnitt</u>	<u>Blatt-Anzahl</u>
R & I - Schema	8.1	1
Liste elektrische Verbraucher	8.2	2
Liste der Messstellen	8.3	1

Die Unterlagen werden sowohl analog als auch digital im bearbeitbaren Format PDF dem AN übergeben, die Pläne zu den Bauleistungen und zur Maschinentechnik zusätzlich im Format DWG.

#### **4.2 Vom AN zu erstellende zu beschaffende Ausführungsunterlagen**

- Werkstattplanung Maschinentechnik und Ausrüstung  
(Ausdruck auf Papier sowie digital in den bearbeitbaren Formaten PDF und DWG)
- Bauzeitenplan  
(Ausdruck auf Papier sowie digital im Format PDF)

Alle Unterlagen der Werkstattplanung sind in deutscher Sprache abzufassen und zu übergeben.

## **5 Zusätzliche Technische Vertragsbedingungen**

### **5.1 Anzuwendende zusätzliche Technische Vorschriften**

Bei der Durchführung der Montagearbeiten sowie als Kriterium für Gewährleistungsfälle sind alle einschlägigen Vorschriften, Bestimmungen und Richtlinien sowie Normen in der jeweilig gültigen Fassung zu berücksichtigen. Hierbei fallen insbesondere:

- Bundes-Immissionsschutzgesetz, insbesondere die Verwaltungsvorschriften TA Luft, TA Lärm und TA Abfall
- einschlägige Richtlinien und Merkblätter von
  - Europäische Norm
  - DIN
  - VDI
  - VDMA
- Maschinenschutzgesetz
- Gerätesicherheitsgesetz
- Baupolizeiliche Vorschriften, Richtlinien, Regeln
- Unfallverhütungsvorschriften der zuständigen Berufsgenossenschaften und der Gemeindeunfallversicherungsverbände, Verordnungen, technische Regeln der Berufsgenossenschaften
- gesetzliche Anforderungen an Arbeitsstätten (Arbeitsstättenverordnung)
- Kreislaufwirtschafts- und Abfallgesetz (KrW-/AbfG) und untergesetzliches Regelwerk „Bauabfallsatzung der Landeshauptstadt Dresden“
- gesetzliche Bestimmungen des Bundes für Umweltschutzmaßnahmen
- einschlägige Verwaltungsvorschriften
- grundlegende Sicherheits- und Gesundheitsanforderungen entsprechend der EG-Richtlinie für Maschinen 89/392/EWG nebst Änderungsrichtlinien
- staatliche Arbeitsschutzvorschriften, insbesondere das Gerätesicherheitsgesetz sowie die auf diesem Gesetz beruhenden Rechtsverordnungen
- Unfallverhütungsvorschrift „Abwassertechnische Anlagen“ (DGUV Vorschrift 22, ehemals BGV/GUV-V C5),
- Regel „Arbeiten in umschlossenen Räumen von abwassertechnischen Anlagen“ (DGUV Regel 103-004, ehemals BGR/GUV-R 126),
- Regeln für Sicherheit- und Gesundheitsschutz bei der Arbeit in kontaminierten Bereichen (DGUV Regel 101-004, ehemals BGR 128),
- Information „Beispielsammlung Explosionsschutzmaßnahmen bei der Arbeit im Bereich von abwassertechnischen Anlagen“ (DGUV Information 203-051, ehemals BGI 5033 bzw. GUV-I 8594),
- Unfallverhütungsvorschrift „Elektrische Anlagen und Betriebsmittel“ (DGUV Vorschrift 4, ehemals BGV/GUV-V A3),
- Verordnung über Sicherheit und Gesundheitsschutz auf Baustellen (Baustellenverordnung),
- einschlägige zu diesem Zeitpunkt gültigen Unfallverhütungsvorschriften und im Übrigen die allgemein anerkannten sicherheitstechnischen und arbeitsmedizinischen Regeln
- Betriebssicherheitsverordnung und die dazugehörigen technischen Regeln
- .

Entsprechend den vorgenannten Richtlinien 73/23/EWG, 89/336/EWG und 89/392/EWG sind alle relevanten Produkte mit einer CE - Kennzeichnung und Konformitätserklärung zu liefern.

Der Auftragnehmer ist verpflichtet, vertragsrelevante Änderungen der technischen Vorschriften und Bestimmungen im Rahmen der Auftragsabwicklung vor Ausführung der betreffenden Arbeiten dem Auftraggeber anzuzeigen.

## **5.2 Sonstige technische Regelwerke**

- Technische Richtlinie Nr. 3.2 (TR 3.2) Druckleitungen und Pumpwerke
- Technische Richtlinie Nr. 6.3 (TR 6.3) Inhalt und Form der Technischen Dokumentation zu Anlagen der Abwasserableitung und -reinigung

in der jeweils gültigen Fassung

Die oben genannten technischen Richtlinien des Betreibers, der Stadtentwässerung Dresden GmbH, sind unter folgender Web-Adresse abrufbar:

*<https://www.stadtentwaesserung-dresden.de/service/downloads/>*

## **Vertrag für Wartung und Inspektion von technischen Anlagen und Einrichtungen**

**Vorhaben:** .....

**Zwischen** Stadtentwässerung Dresden GmbH  
Scharfenberger Straße 152  
01139 Dresden

vertreten durch: die Geschäftsführung, Herr Strohtheicher und Frau Röstel  
nachfolgend - Auftraggeber - genannt

**und** .....

Ruf Nr.: .....

vertreten durch: .....  
nachfolgend - Auftragnehmer - genannt

wird folgender Vertrag abgeschlossen:



## **§ 1** **Gegenstand des Vertrages**

Der Auftragnehmer übernimmt die Wartung und Inspektion - nachstehend als Wartung bezeichnet -, sowie kleinere Instandsetzungsarbeiten an den technischen Anlagen und Einrichtungen - nachstehend als Anlagen bezeichnet - die in der Bestandsliste (siehe Spalte 1 Anlage 1) aufgeführt sind.

Die Bestandsliste (Anlage 1) ist Vertragsbestandteil.

## **§ 2** **Leistungen des Auftragnehmers**

- (1) Dem Auftragnehmer werden die in der/den Arbeitskarte/n vom ..... beschriebenen Leistungen übertragen.  
Die Arbeitskarte/n ist/sind Vertragsbestandteil.
- (2) Der Auftragnehmer ist verpflichtet, im Zusammenhang mit der Wartung diejenigen Instandsetzungsarbeiten durchzuführen, die zur Wiederherstellung des Sollzustandes unerlässlich sind, nicht ohnehin in der Arbeitskarte erfasst sind und den normalerweise zu erwartenden Zeitaufwand für die Wartung nicht erhöhen.
- (3) Andere Instandsetzungsarbeiten hat der Auftragnehmer auf Anforderung in angemessener Frist auszuführen. Hierfür ist ein gesonderter Vertrag zu schließen. Auf Übertragung dieser Leistung besteht kein Rechtsanspruch.
- (4) Der Auftragnehmer ist – auch außerhalb der regelmäßigen Wartungstermine – verpflichtet, Störungen, die die Anlagensicherheit beeinträchtigen oder die Gebäudenutzung gefährden, nach Aufforderung zu beseitigen.

Er hat die Arbeiten unverzüglich, innerhalb von ..... **Stunden** nach Erhalt der Aufforderung

- ☐ innerhalb in der betriebsüblichen Arbeitszeit zwischen 6:30 Uhr und 15:00 Uhr <sup>1)</sup>,  
☐ auch außerhalb der betriebsüblichen Arbeitszeit  
(z.B. nachts und an Sonn- und Feiertagen) <sup>1)</sup>

zu beginnen.

## **§ 3** **Pflichten des Auftragnehmers**

- (1) Vor Aufnahme der Tätigkeit muss sich der Auftragnehmer beim Beauftragten des Auftraggebers melden. Mit Beendigung der Arbeiten am jeweiligen Arbeitstag bzw. Fertigstellung der Leistung ist dem Beauftragten des Auftraggebers der Stand der Arbeiten mitzuteilen bzw. der Wartungsbericht zur Unterzeichnung vorzulegen.
- (2) Die Leistungen sind so auszuführen, dass Betriebsbereitschaft und Sicherheit der Anlagen erhalten bleiben. Die Betriebsbereitschaft ist während der Leistungserbringung aufrecht zu erhalten, soweit dies möglich ist.

Die allgemein anerkannten Regeln der Technik, die gesetzlichen Bestimmungen und Schutzvorschriften, insbesondere die Unfallverhütungsvorschriften, sind zu beachten.

---

<sup>1)</sup> Zutreffendes ankreuzen

Der Auftragnehmer hat die Leistung mit seinem Betrieb zu erbringen. Er darf Teile der Leistung mit Zustimmung des Auftraggebers an Nachunternehmer übertragen. Er ist verpflichtet, qualifizierte Fachkräfte einzusetzen.

- (3) Der Auftragnehmer ist verpflichtet, alle zur Erbringung der Leistungen benötigten Hilfsmittel (z. B. Messgeräte, Diagnosegeräte, Belastungsgewichte und Werkzeuge) und Hilfsstoffe (z. B. Schmier- und Reinigungsmittel) zu liefern bzw. zu stellen.
- (4) Es dürfen nur Originalersatzteile (neue Teile oder Austauschteile) oder gleichwertige Teile verwendet werden. Ausgebaute Teile werden Eigentum des Auftragnehmers.
- (5) Erkennt oder vermutet der Auftragnehmer außerhalb seines Leistungsbereiches Mängel oder Schäden, die die Betriebsbereitschaft oder Sicherheit einer Anlage gefährden können, hat er unverzüglich den Auftraggeber zu benachrichtigen und gleichfalls die Außerbetriebnahme der Anlage zu veranlassen.

Die Benachrichtigung gilt auch für Mängel oder Schäden, die die Betriebsbereitschaft oder Sicherheit einer Anlage gefährden, aber nicht umgehend behoben werden können.  
Der Auftragnehmer hat fernmündliche oder mündliche Mitteilungen schriftlich zu bestätigen.

- (6) Erkennt der Auftragnehmer, dass wegen Änderung der Nutzung, von gesetzlichen Bestimmungen bzw. allgemein anerkannter Regeln der Technik Maßnahmen oder aufgrund der nach mehrjähriger Betriebsdauer gesammelten Erfahrungen andere Wartungsintervalle notwendig werden, hat er den Auftraggeber darauf hinzuweisen.

#### **§ 4** **Ausführung der Leistung**

- (1) Der Auftragnehmer hat die ausgeführten Leistungen in der Arbeitskarte und den in diesem Zusammenhang festgestellten allgemeinen Anlagenzustand einschließlich etwaiger in absehbarer Zeit notwendig werdender Instandsetzungsleistungen sowie die gegebenenfalls ausgewechselten Teile in einem Arbeitsbericht zu dokumentieren.
- (2) Bei den besonders zu vergütenden Leistungen nach § 2 (3) und (4) sind außerdem Zeitaufwand, Namen und Lohn- bzw. Berufsgruppen (z. B. Monteur) des eingesetzten Personals sowie verwendete Hilfs- und Betriebsstoffe anzugeben.
- (3) Der Auftraggeber bestätigt die Durchführung der Arbeiten.  
Die Bestätigung erstreckt sich nicht auf die fachgerechte Ausführung.
- (4) Der Zeitpunkt der Durchführung der Wartungsarbeiten ist mit dem Beauftragten des Auftraggebers rechtzeitig vor Beginn abzustimmen. Der geplante Termin ist dem Auftraggeber schriftlich mitzuteilen.
- (5) Die Wartung (ausgenommen Störungsbeseitigungen) ist
  - ☐ innerhalb in der betriebsüblichen Arbeitszeit zwischen 6:30 Uhr und 15:00 Uhr <sup>1)</sup>,
  - ☐ auch außerhalb der betriebsüblichen Arbeitszeit  
(z.B. nachts und an Sonn- und Feiertagen) <sup>1)</sup>durchzuführen.

<sup>1)</sup> Zutreffendes ankreuzen

## § 5 Pflichten des Auftraggebers

- (1) Der Auftraggeber hat dem Auftragnehmer zur Durchführung seiner Leistung Zugang zu den Anlagen zu verschaffen und die erforderlichen Erlaubnisscheine (Arbeitsschein, Befahrerlaubnis, Schweißerlaubnis) auszustellen, bzw. die Einweisung / Freischaltung bei elektrischen Anlagen zu beantragen.
- (2) Der Auftraggeber stellt dem Auftragnehmer zur Durchführung seiner Leistung
- ☐ Versorgungsanschlüsse (z. B. Strom, Wasser) kostenlos zur Verfügung <sup>1)</sup>
- ☐ Versorgungsanschlüsse nicht zur Verfügung <sup>1)</sup>.
- (3) Der Auftraggeber ist verpflichtet Änderungen der Betriebsbedingungen sowie des Aufstellungsortes dem Auftragnehmer rechtzeitig schriftlich mitzuteilen.

## § 6 Vergütung

- (1) Für die übertragenen Leistungen an der(n) gemäß Bestandsliste aufgeführten Anlage(n) wird nachstehende Netto-Jahrespauschale zzgl. der zum Zeitpunkt der Leistungserbringung geltenden gesetzlichen Umsatzsteuer vereinbart:

Summe netto (gemäß Anlage 1) 1. Jahr	..... EUR <sup>2)</sup>
Summe netto (gemäß Anlage 1) 2. Jahr	..... EUR <sup>2)</sup>
Summe netto (gemäß Anlage 1) 3. Jahr	..... EUR <sup>2)</sup>
Summe netto (gemäß Anlage 1) 4. Jahr	..... EUR <sup>2)</sup>
Summe netto (gemäß Anlage 1) 5. Jahr	..... EUR <sup>2)</sup>
<hr/>	
Gesamtsumme netto für fünf Jahre	..... EUR <sup>2)</sup>

Mit dieser Vergütung sind abgegolten

- die Wartung nach § 2 (1)
- die Instandsetzung nach § 2 (2)
- die Kosten für die in § 3 (3) bezeichneten Hilfsmittel und -stoffe,
- die Kosten von entsprechend der Arbeitskarte zu liefernden Materialien,
- die Kosten für die entsprechend den gesetzlichen Bestimmungen vorzunehmende Entsorgung von ausgetauschten Teilen, Hilfs-/Betriebsstoffen, Abfällen und Verpackungen,
- alle sich aus den Leistungen nach § 2 (1) und (2) ergebenden Nebenkosten, z. B. Fahr- und Transportkosten, Auslösungen, Tage- und Übernachtungsgelder, Schmutz- und Erschweriszulagen, Überstunden- sowie Sonn- und Feiertagszuschläge.

- (2) Die Leistungen nach § 2 (4) werden wie folgt vergütet:

Stundenverrechnungssatz:

Obermonteur:	..... EUR <sup>2)</sup>
Monteur	..... EUR <sup>2)</sup>
Helfer	..... EUR <sup>2)</sup>
Fahrtkosten (An- und Abfahrt)	..... EUR/Auftrag <sup>2)</sup>

<sup>1)</sup> Zutreffendes ankreuzen

<sup>2)</sup> Vom AN einzusetzen

(3) Der Nettowert von im Zusammenhang mit Leistungen nach §§ 2 (1) und 2 (2) oder § 2 (4) benötigten Ersatzteilen wird anhand von Listenpreisen ermittelt.

(4) Die Jahrespauschale (Summe netto) nach § 6 (1) ist ein Festpreis für die Dauer von 60 Monaten, gerechnet vom Datum des Vertragsbeginns.

Ändert sich nach Ablauf dieser Frist der maßgebende Lohn, so kann auf Verlangen jedes Vertragspartners die Jahrespauschale im beiderseitigen Einvernehmen angepasst werden.  
Die Anpassung erfolgt mit Wirkung vom 1. des dem Verlangen folgenden Monats.

(5) Die Vergütung wird gezahlt:

- ☐ nach erbrachter Leistung <sup>1)</sup>  
☐ in Teilbeträgen halbjährlich / vierteljährlich / <sup>1)</sup>.

Alle Rechnungen sind beim Auftraggeber 1fach prüfbar digital im pdf-Format an die E-Mail-Adresse [rechnung@se-dresden.de](mailto:rechnung@se-dresden.de) einzureichen. Auf den Rechnungen ist das Datum der ausgeführten Wartungsarbeiten, die Nummer des Wartungsberichtes, die Vertragsnummer und die Bestellnummer anzugeben.

Zahlungsfrist: 30 Tage ohne Abzug nach Rechnungseingang

Rechnungsanschrift: Stadtentwässerung Dresden GmbH, Gebiet Finanzen  
Scharfenberger Straße 152  
01139 Dresden

(6) Bei Mängelhaftung des Auftragnehmers aus der Errichtung der Anlage(n) wird für zur Erfüllung dieser Pflicht erbrachte Leistungen keine Vergütung gewährt.

## § 7 Mängelansprüche

Die Verjährungsfrist für Mängelansprüche für die ausgeführten Leistungen beträgt

- ☐ 6 Monate <sup>1)</sup>  
☐ 12 Monate <sup>1)</sup>

beginnend ab dem Datum, an dem die erforderlichen Wartungsarbeiten abgenommen wurden.

## § 8 Haftung

(1) Werden im Zusammenhang mit der Erbringung der vereinbarten Leistung Schäden an den Anlagen verursacht, hat der Auftragnehmer die Schäden auf seine Kosten zu beseitigen, wenn ihm oder seine Erfüllungsgehilfen Verschulden trifft. Im Falle leichter Fahrlässigkeit ist die Haftung begrenzt für

Sachschäden auf	500.000,00	EUR je Schadensfall
Höchstens aber	1.000.000,00	EUR insgesamt
Vermögensschäden auf	.....	EUR je Schadensfall <sup>2)</sup>
Höchstens aber	500.000,00	EUR insgesamt

Werden im Zusammenhang mit den vereinbarten Leistungen andere Schäden verursacht, hat der Auftragnehmer in vollem Umfang Ersatz zu leisten, wenn ihn oder seine Erfüllungsgehilfen Vorsatz oder grobe Fahrlässigkeit trifft.

<sup>1)</sup> Zutreffendes ankreuzen

<sup>2)</sup> vom AG auszufüllen

- (2) Der Auftragnehmer hat zur Abdeckung seiner Haftung eine Haftpflichtversicherung vorzuhalten und den Deckungsschutz nachzuweisen.

Die Deckungssummen betragen:

bei Personenschäden <sup>1)</sup>	.....	EUR
bei Sachschäden <sup>1)</sup>	.....	EUR
bei Vermögensschäden <sup>1)</sup>	.....	EUR

in jedem einzelnen Schadensfall.

## § 9 Vertragsdauer / Kündigung

- (1) Der Vertrag beginnt mit dem Datum

- ☐ der Abnahme der Anlage - .....<sup>2)</sup>  
☐ der Auftraggeberunterschrift <sup>2)</sup>

Der Vertrag wird auf die Dauer von 5 Jahren geschlossen.

Er verlängert sich

- ☐ nicht <sup>2)</sup>  
☐ jeweils um ein weiteres Jahr <sup>2)</sup>

wenn er nicht spätestens 3 Monate vor seinem Ablauf schriftlich gekündigt wird.

- (2) Von den vorstehenden Regelungen unberührt bleibt das Recht beider Parteien zur fristlosen Kündigung aus wichtigem Grund.

Als wichtiger Grund gilt insbesondere, wenn

- die in der Bestandsliste aufgeführten Anlage/n verkauft oder nicht nur vorübergehend außer Betrieb genommen werden sollen
- der Auftragnehmer seine Vertragspflichten einmal vorsätzlich oder grob fahrlässig oder mehrmals leicht fahrlässig verletzt hat,
- wenn der Betrieb des Auftragnehmers infolge wesentlicher Änderungen der Anlage nicht mehr auf die dann erforderlichen Wartungs- und Instandsetzungsarbeiten eingerichtet ist,
- der Auftragnehmer zahlungsunfähig wird,
- über das Vermögen des Auftragnehmers das Insolvenzverfahren oder ein vergleichbares gesetzliches Verfahren eröffnet oder die Eröffnung beantragt oder dieser Antrag mangels Masse abgelehnt worden ist oder die ordnungsgemäße Abwicklung des Vertrages dadurch in Frage gestellt ist, dass er seine Zahlungen nicht nur vorübergehend einstellt.

- (3) Jede Kündigung bedarf zu ihrer Wirksamkeit der Schriftform.
- (4) Wird ein Teil der in der Bestandsliste aufgeführten Anlagen dauernd stillgelegt, ist eine angemessene Herabsetzung der Vergütung zu vereinbaren.
- (5) Werden die in der Bestandsliste aufgeführten Anlagen wesentlich geändert, kann eine entsprechende Änderung der Leistungs- und Vergütungspflicht verlangt werden.
- (6) Werden in der Bestandsliste aufgeführte Anlagen oder Teile davon vorübergehend außer Betrieb gesetzt, entfallen für diesen Zeitraum Leistungs- und Vergütungspflicht in entsprechendem Umfang.

<sup>1)</sup> Für Personen-, Sach- und Vermögensschäden vom Bieter einzusetzen; für Personen- und Sachschäden mind. 1.500.000 € und für Vermögensschäden 500.000,00 €, wenn nicht der Auftraggeber eine andere Deckungssumme vorgegeben hat

<sup>2)</sup> Zutreffendes ankreuzen

- (7) Unverzüglich nach wirksamer Vertragsbeendigung wird der Auftragnehmer sämtliche bei ihm vorhanden Unterlagen, Informationen und sonstige Materialien in Bezug auf die zu wartende Anlage sowie ggf. hiervon erstellte Kopien an den Auftraggeber herausgeben. Auf Datenträgern des Auftragnehmers gespeicherte Kopien von solchen Materialien sind zu löschen; die Löschung ist gegenüber dem Auftraggeber schriftlich zu bestätigen. Ein Zurückbehaltungsrecht an entsprechenden Materialien steht dem Auftragnehmer nicht zu.

## **§ 10 Ansprechpartner**

Ansprechpartner des AG: .....

Ansprechpartner des AN: .....<sup>1)</sup>

## **§ 11 Geheimhaltung**

Die Parteien verpflichten sich, alle ihnen bei der Vertragsdurchführung bekannt werdenden Informationen über den Geschäftsbetrieb der jeweils anderen Partei, insbesondere Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse, streng vertraulich zu behandeln und Dritten nicht zugänglich zu machen, mit Ausnahme der zur Vertragsdurchführung ggf. berechtigt eingeschalteten Dritten, denen die Parteien korrespondierende Geheimhaltungspflichten auferlegen werden. Die Geheimhaltungspflichten gelten auch nach Beendigung dieses Wartungsvertrages oder der Geschäftsbeziehung der Parteien fort.

## **§ 12 Datenschutzinformation nach Artikel 13 DSGVO**

Die Stadtentwässerung Dresden GmbH, Scharfenberger Straße 152, 01139 Dresden (Verantwortlicher im Sinne der Datenschutzgrundverordnung) erhebt personenbezogene Daten des AN zum Abschluss und zur Durchführung des Vertrages. Die erhobenen Daten können von den zuständigen Mitarbeitern der Stadtentwässerung Dresden GmbH eingesehen werden. Die Daten werden nicht an ein Drittland übermittelt. Der AN ist verpflichtet, die geforderten personenbezogenen Daten bereitzustellen, um die Durchführung des Vertrages zu ermöglichen. Die Nichtbereitstellung der personenbezogenen Daten führt dazu, dass der Vertrag nicht abgeschlossen werden kann. Ein ausführlicher Datenschutzhinweis ist auf der Website [www.stadtentwaesserung-dresden.de/datenschutz.html](http://www.stadtentwaesserung-dresden.de/datenschutz.html) hinterlegt.

## **§ 13 Streitigkeiten**

Ein Streitfall berechtigt den Auftragnehmer nicht, die vertraglichen Leistungen einzuschränken oder einzustellen.

## **§ 14 Gerichtsstand**

Für die Klärung von Streitigkeiten wird als Gerichtsstand Dresden vereinbart.

---

<sup>1)</sup> Vom AN einzusetzen

## § 15 Schriftform

- (1) Änderungen und Ergänzungen dieses Vertrages sowie alle den Vertrag betreffenden wesentlichen Mitteilungen bedürfen der Schriftform.
- (2) Falls ein Teil dieses Vertrages unwirksam sein oder werden sollte, wird die Gültigkeit der anderen Bestimmungen dieses Vertrages dadurch nicht berührt. Die Parteien verpflichten sich, jede unwirksame Bestimmung durch eine wirksame Regelung zu ersetzen, die dem wirtschaftlichen Zweck der unwirksamen Bestimmung am nächsten kommt. Gleiches gilt für Vertragslücken.

Dieser Vertrag enthält folgende Anlagen:

- Anlage 1 - Aufgliederung der Wartungsarbeiten und -kosten (Seite .....)<sup>1)</sup>  
Bearbeitungsstand: .....<sup>1)</sup>  
Anlage 2 - Wartungsbericht  
Anlage 3 - Arbeitskarte .....<sup>1)</sup>

Für den Auftraggeber

Dresden,

Ort, Datum

Für den Auftragnehmer

\_\_\_\_\_  
Ort, Datum

\_\_\_\_\_  
(Unterschrift)

<sup>1)</sup> Vom AN einzusetzen

Auftragnehmer:

**Wartungsbericht Nr.:****1. Bestandsliste der zu wartenden Anlagen****1.1 Wartung folgender Anlagen**

Anlagenart .....

Fabrikat / Typ .....

siehe Anlage 1

**1.2 Aufstellungsort****1.3 Turnus Wartung pro Jahr und Stück**

siehe Anlage 1

**2. Durchgeführte Arbeiten**☐ turnusmäßige Wartung**Beschreibung der ausgeführten Leistungen**

siehe Anlage .....

☐ Instandsetzung☐ Beseitigung von Störungen**3. Feststellungen über den Zustand der Anlagen**☐ Sollzustand☐ notwendig werdende Instandsetzungsarbeiten  
diese Leistungen sind auszuführen bis .....☐ Ursache der Störung  
(wenn erforderlich zusätzl. Blatt verwenden) .....**4. Angaben bei Störungsbeseitigung****4.1** eingesetztes Personal (Name / Berufsgruppe): .....**4.2** Zeitaufwand der Störungsbeseitigung:  
ohne An- und Abfahrt .....

Stunden

**4.3** verwendete Hilfs- und Betriebsstoffe: .....

Datum der Ausführung:

☐ Verteiler: je ein Exemplar AG und AN  
Zutreffendes ankreuzenUnterschrift: .....  
Auftragnehmer**Bereitschaftsdienst Auftragnehmer:**  
**Ruf Nr.:**Unterschrift: .....  
Auftraggeber**Beauftragte des Auftraggebers**  
**Herr**, Abteilung  
Tel-Nr.: , Handy



**Arbeitskarte:**

Pos.	Inspektions- und Wartungsarbeiten	Fristen		Bemerkung
		jährl.	bei Bedarf	
1				
2				
3				
4				
5				
6				
7				
8				